

# Luzerner Katzen geht's besonders schlecht

Eine Tierschutzorganisation warnt, im Kanton Luzern gebe es sehr viele kranke Katzen. Ihre Forderung: Eine Kastrationspflicht.

**Jessica Bamford**

«Mehrere zehntausend herrenlose Katzen vegetieren jämmerlich vor sich hin.» Das schreibt der Schweizer Tierschutz zum Thema Katzenelend. Die Situation im Kanton Luzern ist dabei laut Esther Geisser, Präsidentin und Gründerin des «Network for Animal Protection» (NetAP), besonders schwierig. Ein Grund: Viele Landwirtinnen und Landwirte möchten ihre Katzen nicht kastrieren lassen.

Dass die flächendeckende Kastration das Tierleid eindämmen könnte, da sind sich Tierschutzorganisationen einig. So könnte die Anzahl Hauskatzen, die auf der Strasse leben und für Krankheiten anfällig sind, reduziert werden. Weiter würde auch der Sexualtrieb wegfallen.

Das könnte wiederum Gefahren wie Verkehr oder Verletzungen bei Kämpfen mit Rivalen reduzieren, denen streunende Katzen begegnen.

Für viele Landwirte ist die Kastration jedoch ein rotes Tuch. Sie fürchten laut Geisser etwa, dass die Katzen dann weniger mausen, oder sind der Meinung, dies sei gegen die Natur. Obwohl sie betont, dass diese Ängste unbegründet sind, führen die gegensätzlichen Ansichten zu unangenehmen Konfrontationen. Geisser: «Eine unserer freiwilligen Helferinnen hat einen Bauernhof im Luzerner Hinterland besucht. Als sie nach einer kranken Katze fragte, die sie auf dem Hof gesehen hatte, und fragte, ob die Katzen kastriert seien, hat der Landwirt kurzerhand einen Schlauch zur Hand

genommen und die Freiwillige mit kaltem Wasser abgespritzt.»

Solche Situationen kämen regelmässig vor. Trotzdem möchte sie nicht alle Landwirte an den Pranger stellen. «Es gibt natürlich Vorbildliche, die alle ihre Katzen kastrieren lassen.»

## «Coronakatzen» werden ausgesetzt

Momentan beobachtet NetAP eine Zunahme an herrenlosen Katzen. Grund dafür ist laut Geisser aber nicht nur das Verhalten der Landwirte, sondern auch die aktuelle Krise: «Die Leute haben Angst vor der Wirtschaftslage und vor dem Krieg und wollen aus Kostengründen das Haustier loswerden.»

Dazu komme, dass viele während der Corona-Shutdowns Haustiere gekauft haben, die sie

jetzt doch nicht mehr wollen. Da Katzen im Gegensatz zu Hunden nicht gechipt seien, würden viele Private ihre Katzen einfach aussetzen. Oft versuchen sie zuerst, die «Coronakatzen» in ein Tierheim zu bringen. «Diese sind aber oft überlastet und verlangen vielerorts eine Abgabegebühr, die einige nicht bezahlen wollen», erklärt Geisser. «Wir sehen einen konstanten Anstieg an alten und kranken Katzen, die viele Kosten verursachen, bei denen wir sicher sind, dass sie ausgesetzt wurden.»

## Was macht der Staat?

Da keine Kastrationspflicht besteht, werden auch diese ausgesetzten Katzen wiederum zur Vermehrung von herrenlosen Hauskatzen beitragen. Die Be-

obachtung von NetAP, dass in Luzern mehr Katzen vernachlässigt werden als in anderen Kantonen, kann der stellvertretende Kantonsarzt, Tobias Frink, «nicht beurteilen». Dafür fehlten Vergleichswerte. Auch dazu, ob heute tatsächlich mehr Katzen ausgesetzt werden als in vergangenen Jahren, kann er keine Auskunft geben: «Da es keine Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen in der Schweiz gibt, kann dazu keine Statistik geführt werden.»

Grundsätzlich betont Frink, dass der Veterinärdienst jeder Tierschutzmeldung, die eingereicht wird, nachgeht. «Wenn festgestellt wird, dass jemand kranke und verletzte Tiere nicht pflegt, werden entsprechende Massnahmen erlassen.» Ausserdem habe der Veterinärdienst

die Landwirte bereits mit Merkblättern und Schreiben auf das Problem hingewiesen und das Kastrieren empfohlen.

Die Einschätzung der Tierschützer, dass mehr Kastrationen sinnvoll sind, teilt der stellvertretende Kantonsarzt also genauso wie der Luzerner Bauernverband. Aber Frink ist überzeugt: «Eine reine Kastrationspflicht würde das Problem nicht lösen.» Dies sei nur in Kombination mit einer Registrierungspflicht und unter Koordination mit anderen Kantonen sinnvoll. Hier setzt der Bauernverband an: Geschäftsführer Stefan Heller ist etwa offen für eine Chip-Pflicht, «wie man sie bei den Hunden kennt». Statt einer Kastrationspflicht findet er ausserdem, dass etwa ein Fonds zur Finanzierung der Kastrationen hilfreich wäre.